

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **37 (1957-1958)**

Heft 1

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Soziale Leistungen und Betriebsklima in unserer Industrie

Der *Schweizerische Freisinnig-demokratische Presseverband* hat in der jüngsten Zeit unter der Führung seines Präsidenten, Dr. N. Biert (Zürich) verschiedene Betriebe unserer Industrie, ferner eine landwirtschaftliche Schule und landwirtschaftliche Musterbetriebe besichtigt, um sich so ein Bild über wirtschaftliche und soziale Fragen unseres Landes zu verschaffen. In dieser Richtung liegt auch die Besichtigung verschiedener Betriebe mittelständischer Organisationen, bzw. mittelständischen Charakters, die für die nächste Zeit bevorsteht. Im Rahmen dieser informatorischen Aufgabe konnten die Mitglieder des Presseverbandes unlängst eines unserer führenden Industrieunternehmen, nämlich die Firma *Brown, Boveri & Co. AG. in Baden* eingehend besichtigen. Bei dieser Gelegenheit wurden sie von autoritativer Seite in die Probleme eingeführt, welche sich unserer Industrie in sozialer Richtung stellen, und wie sie ihnen in umfassender Weise gerecht wird. Die ganztägige Besichtigung vermittelte wohl allen Mitgliedern den Eindruck einer mustergültigen sozialen und menschlichen Einstellung in unserer Industrie, und die Leistungen, die ihnen in dieser Richtung umfassend dargelegt wurden, werden sie zweifellos nicht so schnell vergessen.

Die Firma *Brown, Boveri & Co. AG.* zählt heute ca. 10 000 Arbeiter und 3000 Angestellte. Die Gesamtsumme der Löhne, Gehälter und Gratifikationen betrug im Geschäftsjahr 1955/56 93,7 Mio Franken, denen 13,7 Mio Sozialleistungen gegenüberstehen. Von diesen sind 2,7 Mio gesetzliche Leistungen, 2,8 Mio vertragliche Leistungen und 8,2 Mio freiwillige Leistungen. Die gesetzlichen Leistungen umfassen unter anderem die AHV-Prämien und die Prämien für die staatliche Unfallversicherung. Die vertraglichen Leistungen beruhen auf dem Friedensabkommen, welches der Arbeitgeberverband Schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller mit den vier Gewerkschaften abgeschlossen hat, nämlich dem Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverband, dem Christlichen Metallarbeiterverband der Schweiz, dem Schweizerischen Verband Evangelischer Arbeiter und dem Landesverband freier Schweizer Arbeiter. In diese Rubrik gehören die Ferien- und Feiertagsentschädigungen, die Beiträge an die Krankengeldversicherung der Arbeiter. Die freiwilligen Leistungen betreffen in der Hauptsache die Speisung der sozialen Fonds. Das Vermögen dieser Fonds erreichte mit den Leistungen des letzten Jahres, die für die Pensionskassen der Arbeiter und der Beamten je 1,5 Mio Franken betragen, 83,3 Mio Franken. Dieses Vermögen wurde zu 90% durch die Firma und zu 10% durch die Arbeitnehmer aufgebracht.

Die Beamtenpensionskasse besteht seit dem 1. April 1924. Das versicherbare Gehaltsmaximum wurde im Laufe der Jahre von Fr. 12 000.— im Jahr zunächst auf Fr. 14 000.— und nun auf Fr. 18 000.— erhöht. Die Pension beträgt nach 30 Dienstjahren 60% des versicherten Gehaltes. Bei einem Angestelltenbestand von 3100 Mann am 1. Oktober 1956 weist die Kasse ein Vermögen von 60 Mio Franken auf; die Bilanz-

summe ihrer technischen Bilanz beträgt 94 Mio Franken. Demgegenüber beträgt vergleichsweise das Aktienkapital der Gesellschaft 72 Mio Franken. Die Prämien betragen $13\frac{1}{2}\%$ der versicherten Gehälter, wovon die Firma 8% und der Angestellte $5\frac{1}{2}\%$ übernimmt.

Die Arbeiter-Pensionskasse wurde am 1. April 1956 gegründet. Bei ihrer Gründung wurde ihr ein Kapital von 20 Mio Franken zugewiesen, welches von dem früheren Arbeiterhilfsfonds stammte. Der Arbeiter übernimmt die Verpflichtung zur Leistung der halben Prämie, welche je nach Lohnklasse 216 bis 384 Franken pro Jahr beträgt. Die Firma leistet neben den Prämien in derselben Höhe eine Zusatzprämie, um die junge Kasse zu stärken. Die maximale Alterspension, welche die Kasse nach 40 und mehr anrechenbaren Dienstjahren auszahlt, beträgt Fr. 1800.— pro Jahr, zu denen noch die AHV-Leistungen zuzuzählen sind, was bei der Beamtenpensionskasse nicht der Fall ist. Außer der Alterspension besteht noch eine Kapitalversicherung, die beim Rücktritt oder im Todesfall ein Alterskapital auszahlt. Die Höhe dieses Kapitals bestimmt sich nach der Lohnklasse und nach dem Lebensalter, in dem der Arbeiter in die betreffende Lohnklasse eintrat. Dieses Kapital kann in durchaus normalen Fällen den Betrag von Fr. 20 000.— erreichen, während der theoretische Höchstwert Fr. 32 800.— beträgt. Die Bilanzsumme der technischen Bilanz der Arbeiter-Pensionskasse betrug am 1. April 1956, also auf das Datum der Gründung, 94 Mio Franken.

Ganz besonders eindrücklich gestaltete sich für die Mitglieder des Presseverbandes die Darlegung der Leistungen, welche die Firma auf dem Gebiete der Wohlfahrt aufweist. Hierzu gehören Sozialfürsorge und Personalbetreuung, Lehrlingsfürsorge, Freizeit- und kulturelle Veranstaltungen, die Hauszeitung, Fürsorgewesen, Unfallverhütung, Werkbesichtigungen durch Familienangehörige, Betreuung durch Ärzte, Pfarrer und Lehrer mit besonderen Aufgaben, Bau von Wohnhäusern oder Mithilfe an deren Finanzierung. Ein Maßpunkt für das Ausmaß und den Geist, in dem diese Leistungen vollzogen werden, bildet zweifellos das Wohlfahrtshaus auf dem Martinsberg. Dieses enthält verschiedene Freizeitwerkstätten unter fachkundiger Betreuung, so die Schreinerei mit Abgabe des Holzes zu Selbstkosten, Erstellung von Selbstbedarf bis zur Klein-Aussteuer, die Schneiderei, Fotoarbeiten, Modellflieger-Atelier, eine Bibliothek mit 6000 Bänden usw. Ferner enthält das Wohlfahrtshaus ein von einer Genossenschaft von Arbeitern betriebenes Speiserestaurant, wo zur Zeit durchschnittlich ca. 1300 Mittagessen abgegeben werden. Die Kosten betragen Fr. 1.40 per Essen am Gruppentisch bzw. Fr. 2.— am Einzelplatz-Tisch.

Besonders beeindruckt wurden die Mitglieder des Verbandes durch die Ausführungen über den Zusammenhang zwischen Produktivität und Betriebsklima. Seit dem Jahre 1939 wurde die Belegschaft der Firma, also Angestellte und Arbeiter, verdoppelt; in den letzten 4 Jahren wurde die Produktion um 50% gesteigert, bei einer Zunahme der Belegschaft von nur 25%. Zur Erreichung dieses beachtenswerten Zieles waren zweifellos organisatorische Vorkehren maßgebend, wie die Modernisierung der Fabriken, der Produktionsmittel, Arbeitsplätze und Arbeitsabläufe. Aber diese Maßnahmen hätten nicht ein solches Ergebnis erreichen lassen, wenn nicht gleichzeitig das notwendige Betriebsklima geschaffen worden wäre, d. h. ein Klima, wo ein guter Geist herrscht, wo sich die Menschen im allgemeinen wohl fühlen, wo eine gute Beziehung zum Unternehmen und seiner Leitung besteht, wo die Zusammenarbeit auf allen Stufen, vertikal und horizontal, gut funktioniert und ein loyales Verhältnis zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft sowie volles Vertrauen in beiden Richtungen vorhanden ist. Zur Schaffung dieses Betriebsklimas werden unter anderem durchgeführt: Schulungskurse

über Menschenführung, Einführung für Neueintretende, Anlernschulung, Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen, Vorschlagwesen, Zusammenarbeit mit Arbeiter- und Angestelltenkommissionen, berufliche und allgemeine Weiterbildungskurse.

Im Vordergrund stehen die Schulungskurse über Menschenführung. Diese Kurse wurden vor mehreren Jahren für alle Fabrikationsabteilungen aufgenommen. Sie werden vom Institut für angewandte Psychologie in Zürich durchgeführt, das unter der Leitung von Prof. Dr. H. Biäsch steht. Zur Teilnahme an diesen Kursen werden veranlaßt die Betriebsleitung, die Betriebsassistenten, das Personal der Arbeitsvorbereitung und der Kalkulation sowie die Meister. Während etwa 30 bis 40 Wochen finden alle 3 Wochen ein- bis zweistündige Besprechungen außerhalb des Betriebes statt. Dazwischen werden in kleinen Gruppen oder Einzelgesprächen auftretende Probleme wie Schwierigkeiten, Wünsche und Anregungen sowie Sonderfragen ganz persönlicher Art behandelt. Eröffnung und Abschluß der Kurse erfolgen durch die Fabrikdirektion, die bei diesen Anlässen Ziel und Zweck der Kurse erläutert. Während des Kurses sind die Gruppen allein, wenn nicht zur Abklärung besonderer Fragen eine vorgesetzte Stelle oder ein Spezialist gewünscht wird. Nicht die Produktionssteigerung steht im Vordergrund, sondern das Bestreben, jedem einzelnen Mitarbeiter zu helfen, in seiner persönlichen und beruflichen Lebensgestaltung ein Optimum an Befriedigung und Glück zu erleben. Das Kursprogramm erfaßt die folgenden Themen: 1. Menschen beurteilen und verstehen, 2. Positive Einstellung zum Mitarbeiter und seiner Leistung, 3. Menschen führen und fördern, 4. Mitarbeiter einführen und anlernen, 5. Die Entwicklung des Menschen, 6. Zusammenarbeit, 7. Produktives Arbeiten des Vorgesetzten, 8. Schwierige Mitarbeiter, 9. Arbeitsfreude, 10. Beobachtung und Pflege des Betriebsklimas.

Die Themen werden so behandelt, daß zuerst durch einen Vortrag der Gegenstand dargelegt wird. In Einzelbesprechungen hat jeder Kursteilnehmer Gelegenheit, zu den im Vortrag aufgeworfenen Fragen persönlich Stellung zu nehmen, und zwar in dem Sinne, daß er sich auch persönlich damit auseinandersetzt und allfällige Affekte, Befürchtungen, Ressentiments usw. mit der Zeit zum Ausdruck bringt und verarbeitet. Die Gruppenbesprechungen finden zuerst in horizontaler und dann in vertikaler Zusammensetzung der Teilnehmer statt. Sie haben die Funktion des Meinungsaustausches und der Meinungs- und Willensbildung in bezug auf alle menschlichen Seiten des Zusammenarbeitens. In der horizontalen Zusammenstellung redet man offen unter Kollegen über die konkreten Verhältnisse im eigenen Betrieb. Hier ergibt sich die stärkste Wirkung auf den einzelnen, insbesondere auch auf die Zurückhaltenden oder Resistenten. In den vertikal zusammengesetzten Gruppenbesprechungen reden die Teilnehmer mit ihren direkten Vorgesetzten bzw. ihren Untergebenen über die Fragen des Zusammenarbeitens und des sich Verstehenwollens, nachdem die Empfindlichkeit und die besonderen Schwierigkeiten zwischen Vorgesetzten vorgängig schon eingehend behandelt worden sind.

Etwa 3 bis 4 Monate nach Abschluß dieser Kurse finden die sogenannten Wiederholungskurse statt. Die Teilnehmer bereiten bestimmte konkrete Fragen in kleinen Gruppen vor und bringen ihre Gedanken zur Sprache. Hier sind die Themen ganz konkret und aktuell, z. B.: Vermeidung von Leerlauf und Doppelspurigkeit, Überlastung, Delegation von Verantwortung und Kompetenzen, Betriebsblindheit, Unfallverhütung, Ausbildungs- und Nachwuchsfragen etc. Die Leitung dieser Aussprachen liegt nun ganz in der Hand des Chefs der gesamten Gruppe. Der zuständige Direktor und allenfalls ein Delegierter des Verwaltungsrates sind mit dabei und wirken mitunter in der Diskussion mit. An einem Nachmittag findet ein Ausflug statt; am Abend hat der Direktor oder

das Mitglied der Geschäftsleitung Gelegenheit, in Form einer freien Plauderei über seine Probleme, Freuden und Sorgen zu berichten. Diese Art der Durchführung der Wiederholungskurse ermöglicht viel persönliche Kontaktnahme, was den einzelnen Betriebsangehörigen das Gefühl gibt, auch in einem großen Unternehmen persönlich aufgenommen zu sein.

Die Menschenführungskurse haben sich sehr gut bewährt. Sie fördern bei den Arbeitnehmern die Aufgeschlossenheit in der Diskussion und der Kritik und die Bereitschaft, Neues unvoreingenommen zu bewerten. Sie haben sich als geeignete Stelle erwiesen für die Orientierung der Belegschaft über den Betrieb und seine Probleme, vor allem aber als eine nicht zu überschätzende Quelle des gegenseitigen Verständnisses und des Vertrauens. Es wird auf diese Weise eine richtige Arbeitsgemeinschaft gebildet. Das so geschaffene Betriebsklima fördert in hohem Maße den Zusammenhalt unter den Betriebsangehörigen und die Arbeitsfreude.

Die Darlegungen der Betriebsleitung, welche mit Bezug auf die allgemeinen Fragen der sozialen Leistungen durch *Dir. Dr. Th. Boveri*, Delegierten des Verwaltungsrates, und für die Leistungen in bezug auf Produktivität und Betriebsklima durch *Dir. Ing. F. Streiff* erfolgten, hinterließen bei den Teilnehmern einen starken, nachhaltigen Eindruck.

Bericht aus Italien

Innenpolitische Zersetzung

Die Ereignisse der vergangenen Monate haben unserer Prognose vom vergangenen Dezember, daß die italienische Parteienkonstellation der Ära De Gasperi sich grundlegend ändern werde, Recht gegeben. Man möchte den gegenwärtigen krisenhaften Zustand der Innenpolitik mit einer progressiven Leukämie vergleichen, jener unaufhaltsamen Blutzersetzung, die zum Tode der davon Befallenen führt. Das Fehlen — bis jetzt! — dramatischer Regierungskrisen und die bisherige Kontinuität des Kabinetts mögen im Auslande den falschen Eindruck erwecken, es sei mehr oder weniger alles beim alten geblieben. In Tat und Wahrheit bereitet sich ein Umschwung vor, der über kurz oder lang eintreten dürfte. Zweifelsohne hat der sozialistische Parteikongreß vom vergangenen Januar in Venedig stark dazu beigetragen, aber das Malaise währt schon viel länger und hat tiefere Wurzeln.

Man darf nie außer acht lassen, daß die nun bald zehnjährige Partei- und Regierungsbündnis der Democrazia Cristiana, der katholischen Massenpartei, mit den laizistischen Kleinparteien der Republikaner, Liberalen und Sozialdemokraten eine *Notgemeinschaft* zur Abwehr der kommunistischen Gefahr war, durch die überragende Führerpersönlichkeit Alcide De Gasperis jahrelang mit großer Mühe zusammengehalten. Sein Tod sowie die — wirkliche oder vermeintliche — Abschwächung der marxistischen Drohung aus dem Osten und aus dem moskauhörigen Drittel der italienischen Bevölkerung haben die Bande nicht nur zwischen den einzelnen Parteien gelockert, sondern auch in den Parteien selber Uneinigkeit ins Kraut schießen lassen.

Der Sozialistenkongreß in Venedig

Wer vom Jahreskongreß der Nenni-Sozialisten in Venedig eine Klärung der allgemeinen innenpolitischen Situation erwartet hatte, muß enttäuscht sein. Anfänglich schien es, als ob der «neue» Nenni mit seiner betont unabhängigen Richtung die Oberhand erhalten und damit die schon seit Monaten im Gange befindliche Loslösung vom Kommunismus unter Togliatti definitiv vollziehen würde. Nennis überraschende Niederlage bei der Wahl des Parteiausschusses, die nur teilweise durch die darauffolgende Bestellung des Parteidirektoriums korrigiert wurde, hat seinem Sezessionswillen bestimmt einen Dämpfer aufgesetzt und die Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien zum mindesten stark verzögert. Wie der bekannte Zauberlehrling wird er die Geister nicht mehr los, die er jahrelang in der Togliattischen Hexenküche heraufbeschwor. Sein Unvermögen, sich aus den kommunistischen Banden rasch und durchgehend zu lösen, dürfte seiner Partei stark schaden, und diese Tatsache hat wiederum eine Versteifung des sozialdemokratischen Lagers zur Folge, die den Zusammenschluß nicht erleichtert. Saragat will augenscheinlich die geplante Vernunftehhe mit Nenni nur eingehen, wenn dieser seinen jahrelangen Flirt mit Togliatti definitiv aufgibt. Eine unabhängige Sozialistenpartei kann in Italien nur existieren, wenn sie sich den Grundsätzen der zweiten Internationale verpflichtet, welcher die übrigen kontinentaleuropäischen Arbeiterparteien angehören. Wenn sich Nenni und seine Anhänger dieser Binsenwahrheit verschließen, so schaufeln sie sich selber das Grab.

Togliatti, dem seine Moskauer Drahtzieher das Leben durch ihren unberechenbaren Zickzackkurs nach Noten sauer machen, zeigt sich in dieser schwierigen Lage wieder einmal als glänzender Taktiker. Gewiß haben die Ereignisse in Ungarn und Polen seine Gefolgschaft vermindert, aber wer davon einen kommunistischen Genickbruch erwartet hatte, hat auf die falsche Karte gesetzt. Geschickt wie immer windet er sich durch die Krise und versteht es, den Kern seiner Truppen bei der Stange zu halten.

Die Republikaner springen ab

Angesichts der konfusionären Lage im ganzen Linkssektor muß es Erstaunen erwecken, daß die republikanische Partei vor einigen Wochen dem Ministerpräsidenten Segni die Gefolgschaft gekündigt hat, offensichtlich um bei den nächsten Parlamentswahlen nicht mit dem Odium der bisherigen Regierungspolitik mitbelastet zu sein. Dieser machiavellische Schritt dürfte sich leicht als Fehlspekulation, ja sogar als Bumerang erweisen. Ob die weiter links stehenden Sozialdemokraten diesem bedenklichen Beispiel folgen werden, ist vorläufig nicht wahrscheinlich. Ein diesbezüglicher Vorstoß des Parteisekretärs Matteotti wurde von seinen Parteigenossen abgeschlagen.

Als gefährlichste Hürde im politischen Paddock erweist sich seit einiger Zeit das Gesetz über die landwirtschaftlichen Pachtverträge, worüber vor Jahresfrist eine Übereinkunft unter den Regierungspartnern erzielt worden war. Obwohl der Gesetzesentwurf die Verfügungsrechte der Landbesitzer in einem Ausmaße einschränkt, das noch vor wenigen Jahren völlig undenkbar gewesen wäre, hat es die kommunistische Propaganda verstanden, daraus ein kapitalistisches Schreckgespenst für die Pächter zu machen, das auf abgefäimte Art und Weise in den Parteikampf gezerzt wird. Allein die Liberalen unter dem unentwegten Malagodi bewahren der ursprünglichen Fassung unbedingte Treue. Sogar bei den Christlichdemokraten sind gewisse Kreise ins Wanken geraten. Es kann sehr wohl sein, daß die Regierung bei der Abstimmung über dieses Gesetz zu Fall kommt, doch selbst wenn es ihr gelingen sollte, noch einmal heil davon zu kommen, wird sie geschwächt aus dem Scharmützel hervorgehen.

Kein Wunder, daß angesichts dieser höchst unerfreulichen Lage die Stimmen, die eine Vorverlegung der Parlamentswahlen um ein Jahr wünschen — turnusgemäß

sollten sie erst 1958 stattfinden —, immer zahlreicher werden. Besonders in der Democrazia Cristiana zählt diese Tendenz viele Anhänger, ist man doch dort vielerorts der Meinung, daß ein Wahlkampf im gegenwärtigen Augenblicke der bürgerlichen Massenpartei erneut die absolute Mehrheit wie anno 1948 nach den Prager Ereignissen verschaffen würde. Auf alle Fälle wäre mit einem kräftigen Stimmenrückgang der Linken zu rechnen. Interessanterweise scheint der augenblicklich in Venedig laufende Montesi-Prozeß keine politischen Rückwirkungen zu haben, ganz im Gegensatz zur Voruntersuchung vor zwei Jahren, als die trübe Affäre die Regierung beinahe aus den Angeln zu heben drohte.

Außenpolitische Fragen

Zweifelsohne wirken die zahlreichen außenpolitischen Probleme krisenhemmend und vermögen vielleicht die Lebensdauer der Regierung Segni um einige Monate zu verlängern. Neben vielen andern Aufgaben bereitet ihr die prekäre Lage Triests Sorgen. Wie beim seinerzeitigen Abzug der alliierten Truppen zu erwarten war, hat sich die ökonomische Lage dieses Außenpostens an der Adria arg verschlimmert — das geht aus einem Notruf des Handelskammerpräsidenten Luzzato Fegiz deutlich hervor.

Nach einer dramatischen Zuspitzung durch die Verhaftung des Chefredaktors Dr. Volggers der deutsch geschriebenen Zeitung «Dolomiten», dem die geistige Urhebererschaft an den Dynamitanschlägen im Südtirol zugeschrieben wird, haben sich die Gemüter nördlich und südlich der Brennergrenze wieder etwas beruhigt. Italien hat mittlerweile ausführlich auf die österreichische Note geantwortet und damit durch Inhalt und Form zu verstehen gegeben, daß es eine freundschaftliche Lösung des ganzen Problemkomplexes wünscht, den wir im Dezemberheft gestreift haben. Als Konzession ist das italienische Versprechen zu betrachten, inskünftig die Südtiroler in vermehrtem Maße zu den Staatsstellen heranzuziehen. Gerechterweise muß in diesem Zusammenhang gesagt werden, daß nicht nur in Südtirol, sondern in ganz Nord- und Mittelitalien die einheimische Bevölkerung nicht ihrer Anzahl entsprechend im Staatsdienst vertreten ist, sind diese Stellen doch seit Jahrzehnten, ganz besonders im Zoll- und Polizeiwesen, von Südtalienern überschwemmt, denen infolge mangelnder Industrialisierung ihrer Wohngebiete keine andern Betätigungsmöglichkeiten offen stehen, es sei denn die Auswanderung in fremde Länder.

Im Nahostkonflikt hat sich die offizielle Politik Italiens, bei allem Wunsche, sich mit den arabischen Ländern gut zu stellen, weitgehend der britisch-französischen Linie genähert, wozu zweifelsohne auch die realistische Haltung Eisenhowers und Dulles' in der letzten Zeit beigetragen hat. Während der Algeriendebatte in der Generalversammlung der UNO hat Italien Frankreich mit seinem Resolutionsentwurf eine goldene Brücke gebaut, die es hoffentlich der Schwesternation ermöglicht, ohne Prestigeverlust endlich eine befriedigende Dauerlösung zu finden. Wenn Nasser in Italien vor einigen Monaten zahlreiche Anhänger zählte, hat er seither viele davon verloren!

Große Hoffnung setzt man in Italien auf die Schaffung des Gemeinsamen Marktes als weitem wichtigen Schritt zur Integration Europas, obwohl die einsichtigeren Kreise sich der Schwierigkeiten und Gefahren des Vertragsentwurfes durchaus bewußt sind. Als besondere Ehrung schätzt man die Geste der Partner, die Unterzeichnung des wichtigen Paktes in Rom vornehmen zu lassen. Falls es Italien gelingt, die schleichende Inflation abzustoppen, wird es im kommenden zollfreien Großwirtschaftsraum für viele seiner Industrien und Kunsthandwerkbetriebe Arbeit in Hülle und Fülle haben. Die harte Schule der vergangenen Jahre und das Fehlen von Exportprämien und andern Krücken werden sich nun belohnt machen, erfreuen sich doch seine Produkte — man denke bloß an den Textilsektor — steigender Beliebtheit, und viele Geschäftsmöglichkeiten mit Kontinentaleuropa scheiterten bislang bloß an den Zollmauern.

Finanzfragen

Man muß anerkennen, daß die Regierung Segni bestrebt ist, die Staatsfinanzen zu sanieren. Daß sich dieses Vorhaben nicht von einem Tag zum andern verwirklichen läßt, liegt auf der Hand. Das ordentliche Budgetdefizit für das kommende Finanzjahr wurde auf 210 Milliarden Lire herabgesetzt, doch wird leider damit zu rechnen sein, daß infolge der ständigen Streike der staatlichen und halbstaatlichen Betriebe weitere Salärerhöhungen gewährt werden müssen, welche die erzielte Einsparung ganz oder doch weitgehend illusorisch machen dürften. Bahn- und Poststreiks gehören nachgerade zu Normalitäten, die ihre beabsichtigte Schockwirkung weitgehend eingebüßt haben. Die Regierung hat auch verkündet, daß sie nach diesem Jahre auf die Auflegung von neunjährigen Schatzscheinen verzichten wolle. Wie sie die zweifellos auch in den nächsten Jahren noch unvermeidlichen Budgetdefizite decken will, bleibt eine offene Frage

Wirtschaftszahlen

Zum Abschluß seien im Telegrammstil noch einige interessante Wirtschaftsergebnisse erwähnt: Der Außenhandel Italiens hat sich im Jahre 1956 gegenüber dem Vorjahre auf der Einfuhrseite um 17% auf fast 14 Milliarden Schweizerfranken, auf der Exportseite um 16% auf 9,5 Milliarden Schweizerfranken ausgedehnt, wobei sich das Passivum von 4 auf 4,5 Milliarden Schweizerfranken erhöhte. Durch weiterhin erhöhte Emigrantenrimessen, Frachtraten und Eingänge aus dem Touristenverkehr (über 12 Millionen Touristen!) dürfte die Zahlungsbilanz sogar aktiv gewesen sein, sind die Devisenreserven Italiens doch beträchtlich angewachsen. Dieser Umstand erklärt auch die feste Haltung der Lira auf den freien Märkten.

Die Bautätigkeit läuft nach wie vor auf Hochtouren. Es wurden im vergangenen Jahre wieder ca. 230 000 neue Wohnungen erstellt; immer mehr freie Wohnungen werden ausgeschrieben, wobei allerdings deren Mietpreise noch ein mehrfaches der blockierten Altmieten betragen.

Der Lebenskostenindex ist innert Jahresfrist von 60,6 (1938 = 1) auf 63,1 gestiegen. Der Durchschnitt der Industrielöhne liegt auf dem 94fachen der Vorkriegszeit; bei der Landwirtschaft und dem Handel ca. 8% weniger.

Die Industrieproduktionszunahme betrug 1956 im Durchschnitt 7,7%. Schlechter schloß die Landwirtschaft infolge der Frostschäden im vergangenen Frühjahr ab, doch sind die Aussichten für das kommende Jahr bis jetzt recht günstig.

Italiens Bevölkerung hat sich im Vorjahre um 243 000 Seelen vermehrt. Mit einer Einwohnerzahl von 48,2 Millionen Personen gehört es mit Westdeutschland und Großbritannien zu den volkreichsten Ländern Westeuropas.

Nach wie vor bedenklich ist die Situation der italienischen Börsen. Man beginnt nun allerdings auch in den Regierungskreisen einzusehen, wie verhängnisvoll für die Staatsfinanzen die Lex Tremelloni mit der daraus resultierenden Unterbindung des Terminhandels ist. Die Nachricht, daß sich eine Senatskommission mit einer Abänderung der kurzfristigen Gesetzgebung befaßt, hat die Börsen in den vergangenen Wochen bereits mit leichter Hoffnung erfüllt und eine bescheidene Kurssteigerung hervorgerufen.

Peregrinus

Bericht aus Österreich

Zwei Lektionen zur Neutralität

Am 3. Oktober 1956 befanden sich im Raume südlich von Győr (Raab) sowjetische Fallschirmjäger-Verbände in Bereitstellung, um auf einen Einsatzbefehl hin strategische Punkte Österreichs schlagartig zu besetzen und solange zu halten, bis sich sowjetische Elite-Einheiten aus Westungarn sowie mehrere tschechoslowakische Armeekorps von Brünn und Budweis aus zu den befohlenen Angriffszielen vorgekämpft und in Wien, bzw. in Linz vereinigt hätten.

Sowjetischerseits bezeichnete man diese geheimen Offensiv-Vorbereitungen gesprächsweise als «Antwort» auf die Verkündung der Alarmstufe I für die us-amerikanische Armee durch den Präsidenten Eisenhower. Im vorgesehenen «Ernstfall» wäre der Rückzug jener zahlenmäßig unbedeutenden Kommandos des jungen Bundesheeres, die damals zur Sicherung an die österreichisch-ungarische Grenze beordert wurden, zu einem verlustreichen Opfergang geworden.

Glücklicherweise löste die «Pazifizierung» Ungarns durch Sowjet-Divisionen keinen Gewaltstreich gegen die staatliche Existenz Österreichs aus. Immerhin festigte sich aber seither in der Bevölkerung die Überzeugung, Österreichs Neutralität müsse auch militärisch jederzeit verteidigungsbereit sein.

Dieser ersten Lektion zur Neutralität folgte mit Jahresbeginn 1957 ein neuer, praktischer Unterrichtskurs der östlichen Nachbarn für den Wiener Ballhausplatz: seit dem Januar 1957 mehren sich flagrante Verletzungen des österreichischen Hoheitsgebietes entlang der Grenze durch Milizorgane des Budapester Lakaienregimes, wiederholen sich fast tagtäglich unqualifizierbare Anwürfe und Herausforderungen der kommunistischen Gewalthaber Ungarns an die Adresse Österreichs. So richtete das Außenministerium der Ungarischen Volksrepublik am 21. Februar und 7. März 1957 diplomatische Noten an die Wiener Regierung, in denen der Bundesrepublik Österreich vorgeworfen wurde, sie habe unmittelbar nach dem 23. Oktober 1956 durch ihre Haltung die «imperialistischen Anschläge» gegen Ungarns Souveränität geduldet und unterstützt. Anfang März 1957 zernierten schließlich Kadars Büttelorgane mehrere Tage hindurch das österreichische Gesandtschaftsgebäude in Budapest und scheuten nicht vor dem Versuch zurück, die Person des Gesandten der Bundesrepublik Österreich, Dr. Walter Peinsipp, einer Leibesuntersuchung zu unterziehen.

An sich wäre Ungarn zur Zeit mehr denn je auf Österreichs diplomatisches, außenhandelsmäßiges und humanitäres Entgegenkommen angewiesen. Deshalb gibt es für diese systematische Mißachtung aller internationalen Rechtsformen im Verkehr mit einem neutralen Nachbarstaat eine einzige zureichende Erklärung: die beleidigenden Provokationen der Kadarschen Marionetten werden im unmittelbaren Auftrag des Kremls durchgeführt!

Ein mißglückter Vermittlungsversuch

Gegenwärtig sind die Beziehungen der Zweiten Republik zu Italien infolge italienischer Vertragsverletzungen des Südtiroler Statuts belastet; zwischen Wien und Belgrad bestehen gewisse Spannungen, weil sich die Föderative Volksrepublik Jugoslawien weigerte, Vermögensansprüche österreichischer Staatsbürger im gegenseitigen Einvernehmen zu regeln. Von einem gutnachbarlichen Verhältnis zur Ungarischen Volksrepublik zu sprechen, erübrigt sich, obwohl Österreichs Bundesregierung etwa die Einreise und den Lagerbesuch einer Kadarschen Repatriierungskommission gestattete und zeitweise sogar Postautobusse zur Rückbeförderung von Flüchtlingen nach Ungarn zur Verfügung stellte.

Es darf daher nicht wundernehmen, daß Bundeskanzler Raab, der den Agenden der Außenpolitik stets persönliche Aufmerksamkeit widmet, an einer Entspannung besonders interessiert ist. Daher überraschte seine Anregung in der gewohnten Rundfunk-«Kaminplauderei» vom 20. Januar 1957 zur Fortführung der Ost-West-Gespräche keineswegs. Wohl aber rief Raabs Vorschlag, Ungarn nach dem österreichischen Vorbild zu neutralisieren und damit beiderseits etappenweise einen neutralen Schutzgürtel zwischen den Machtblöcken zu schaffen, lebhaft Fragen nach den Hintergründen dieses österreichischen Vermittlungsversuches hervor.

Budapest erwiderte auf Raabs gutgemeinten Diskussionsbeitrag, dieser habe sich «in beispielloser Weise in die innerstaatlichen Angelegenheiten Ungarns eingemischt»; Moskau und sämtliche Satelliten unterstellten dem Ballhausplatz, die Wiener Regierung habe sich in hinterhältiger Weise zum Durchführungsorgan eines «aggressiven» Neutralisierungs-Feldzuges der USA mißbrauchen lassen. Der us-amerikanische Vizepräsident Nixon habe während seines halboffiziellen Besuches in Wien, Mitte Dezember 1956, als «Platzvertreter» des Weißen Hauses die Anweisung zur Initiative Raabs erteilt.

Dagegen lauteten Kommentare des Westens zur Rundfunkrede des österreichischen Bundeskanzlers wie folgt: Anlässlich der Begräbnisfeierlichkeiten für den verewigten Bundespräsidenten Körner am 9. Januar 1957 habe das kurz darauf zum Außenminister der UdSSR ernannte Mitglied der sowjetischen Ehrenabordnung, Gromyko, zu dem geplanten Neutralisierungs-Vorschlag gegenüber österreichischen und westlichen Politikern keine ablehnende Stellungnahme bezogen. Aus der Tatsache, daß beinahe ein halbes Hunderttausend ungarischer Flüchtlinge offenkundig in Österreich verbleiben sollen, folgern manche Kreise, daß die USA im Rahmen eines weltweiten ost-westlichen Kompromisses mit einer Rückkehr der aus Ungarn geflüchteten Madjaren rechnen.

Eine der vielen westlichen Spitzfindigkeiten im Zusammenhang mit Nixons Wiener Besuch besagt, die USA hätten sich nach dem explosiven Modellfall Ungarn vor allem der Neutralität Österreichs selbst versichern wollen. Unabhängig von der Stichhaltigkeit aller Auslegungen und Gerüchte um Raab als «Reiter über den Bodensee» bleibt festzuhalten: der mißglückte österreichische Vorschlag nahm im Grunde lediglich bereits vorhandene Neutralisierungs-Projekte auf. Raabs Erkundungsvorstoß hat gezeigt, daß zwar der Kreml, im Zeichen der ost-westlichen «Vergletscherung» und im Blick auf die jetzige sowjetimperiale Schwerpunktbildung im Nahen Osten, eher zu einem «harten Kurs» in Ostmitteleuropa neigt. Die heutige Ablehnung einer erweiterten neutralen «Schutzzone» wird jedoch die Moskauer Machthaber keineswegs daran hindern, zu einem geeigneten Zeitpunkt dieses Projekt aus dem Eisschrank hervorzuholen. Erwägt man ferner, daß die meisten Pläne zu einer mitteleuropäischen Neutralisierung den Fortbestand zweier deutscher Staaten zur Voraussetzung haben, bilden derartige Neutralisierungsprojekte im ungetrübten Urteil eine *coincidentia oppositorum*, ein Sammelbecken widerspruchsvoller Zielsetzungen, deren Kanalisierung in eine endgültige Richtung selbstverständlich auch zur Schwächung und zum Nachteil der Weltdemokratie gereichen könnte.

«Das Armenhaus Europas?»

Als im November 1956 der Flüchtlingsstrom aus Ungarn fünfzehntausend heimat- und obdachlose Menschen in das burgenländisch-niederösterreichische Grenzgebiet geführt hatte, meinten Beobachter, damit sei zugleich die Leistungsgrenze für die Betreuungsbearbeitung der karitativen Organisationen in Österreich erreicht. Indessen sollte bis zum März 1957 die Zahl der im westlichen Nachbarlande Schutzsuchenden 183 000 überschreiten! Man darf abschließend den Behörden und freiwilligen Helfern bescheiden, daß blitzschnelle Improvisation und gebefreudige Opferbereitschaft der Öster-

reicher und des «Westens» diesen beispiellosen Ansturm des Elends zufriedenstellend gemeistert haben.

Bildeten die Kaiserstadt und die habsburgischen Erbländer der ehemaligen Donaumonarchie seit Jahrhunderten für den dauernden Zuzug aus Südosteuropa die gestaltungskräftige Herzmitte eines Vielvölkerreiches, so blieb diese Sendung der Eingliederung und schöpferischen Angleichung östlichen Zustroms der österreichischen Donaumetropole auch nach 1918 und 1945 erhalten. In der Zweiten Republik ersetzten die seßhafte gewordenen Heimatvertriebenen aus dem Sudeten-, Karpaten- und Donauraum Österreichs Menschenverluste von 200 000 Seelen während des zweiten Weltkriegs. Dieser überkommenen, geschichtsträchtigen Aufgabe ist das Österreichertum somit auch in den Tagen der ungarischen Oktoberrevolution gerecht geworden; es hat den Beweis erbracht, daß es nicht «Drehscheibe», sondern Brückenkopf und Vorposten abendländischer Gesittung sein will.

Bereits nach 1918 warnte Wilson die Welt davor, aus Österreich «das Armenhaus Europas» entstehen zu lassen. Auch jetzt erscheint dieser Appell an das Gewissen Europas nicht unberechtigt. Denn ohne freundwilligen Beistand sämtlicher Westpartner wäre die sozialwirtschaftliche Gleichgewichtslage der Bundesrepublik Österreich auf Sicht gefährdet. Eine für das Frühjahr 1957 erhoffte Reduktion der österreichischen Ablöselieferungen an die UdSSR, auf Grund des Staatsvertrages vom 15. 5. 1955 (jährlich über 45 Millionen Dollar), dürfte jetzt nicht verhandlungsreif sein. Gewiß buchte man in Wien am Jahresbeginn die Einigung mit der Deutschen Bundesrepublik über strittige Fragen des ehemaligen «Deutschen Eigentums» als echten Erfolg. Andererseits drohen die überhöhten Rückstellungsansprüche der Signatarmächte des sogenannten «Wiener Memorandums» (USA, Großbritannien, Frankreich) aus früheren Besitztiteln in der Erdölwirtschaft und Betrieben «Deutschen Eigentums» diese investitionsbedürftige Erbmasse der 1945—1955 von den Sowjets verwalteten USIA- und SMV-Betriebe erst recht zum «Danaergeschenk» für Österreichs Volkswirtschaft zu machen.

Armenhaus? Dem immer noch besorgniserregenden Passiv-Saldo von 3,5 Mrd. Schilling in der letztjährigen Außenhandelsbilanz entsprach wertmäßig annähernd ein österreichischer Exportüberhang aus dem Güterverkehr mit den östlichen Blockländern. Chronischer Kapitalmangel, unzulängliche Modernisierung, nachhinkende Rentabilität der zu 80% Klein- und Mittelbetriebe zählenden Gewerbeunternehmen, die 40%ige Verstaatlichung der gesamten Industrieerzeugung, überhöhte Steuer- und Soziallasten des Einzelunternehmers, ein überhitztes Preisklima und drängende Lohnforderungen lassen die Abflachung der Konjunkturkurve bereits als Druck auf die Lebenshaltung spürbar werden.

Am 12. März d. J. verfügte ein Ministerratsbeschluß die offizielle Preis- und Lohnkontrolle, mit Hilfe eines von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern beschickten Regierungsausschusses. «Zuviel Köche» kommentierte tags darauf ein parteifreies Presseorgan. Im Gegensatz zu diesen kompromißlerischen Palliativen, einer gelegentlich zu sehr auf Wahlwerbung abgestimmten, inflationistischen Sozialpolitik, bietet der Kamitz-Kurs des volksparteilichen Finanzministers, z. B. mit der programmierten Steuersenkung, der Industriefinanzierung durch Ausgabe von «Volksaktien», echte Ansätze zur Überwindung des sprichwörtlichen «Fortwurstelns».

Dienst an der Menschheit

Die Übergangsschwierigkeiten des besetzungsfreien Österreich, nach seiner am 25. Mai 1955 erfolgten Neutralitätserklärung, wurde von einem Publizisten bildhaft als Abnahme eines Gipsverbandes von einem heilenden Fuß verglichen. Die ersten Schritte des von der belastenden, aber auch schützenden Hülle befreiten Fußes würden unsicherer, als unmittelbar zuvor, getan werden.

Tatsächlich läßt sich bis heute der neutrale Status Österreichs z. B. nicht mit der

außenpolitischen Selbstsicherheit der Schweiz vergleichen — allerdings auch im Blick auf die lastenden Ablöseverpflichtungen Österreichs an den Rubelblock. Wohl wurde, wie erwähnt, einer Kadarschen Repatriierungskommission der Besuch in Flüchtlingslagern gestattet; doch die ungarischen Flüchtlinge selbst erteilten den kommunistischen Werbern eine wirksame Abfuhr. Die nach den «Ereignissen» in Ungarn wirklich zwerghaft zusammengeschrumpfte Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) sieht dem gewohnten Wiener Aufmarsch am 1. Mai mit Bangen entgegen, weil sie einen Denkmäler der Flüchtlinge befürchtet. Die Schließung des Büros des Weltfriedensrates war nicht von der Ausweisung der dort eingesetzten Funktionäre gefolgt. Dennoch liegt diesem Tätigkeitsverbot am Jahresbeginn 1957 die entschlossene Ablehnung jedwedes kommunistischen Infiltrationsversuchs zu Grunde.

Innenpolitisch steht die neutrale Demokratie Österreichs vor der Aufgabe, eine innert zehn Besatzungsjahren berechnete Stagnation schöpferisch zu überwinden. Eine zielklare Opposition — aber eine «Erste», keine «Dritte Kraft» — müßte die demokratische Selbstkontrolle wirksamer einsetzen, um besonders dem Leistungsgrundsatz gegenüber dem Parteibuch-Proporz der regierenden Großparteien (ÖVP, SPÖ) bei der Stellenvergabe in Verwaltung und verstaatlichter Wirtschaft vorbehaltlos Geltung zu verschaffen, Korruptionsfälle gebührend anzuprangern usw.

Der Beobachter in Österreich staunt immer wieder über die durchaus nicht phäakenhafte Lebenskunst, die politische Reife, eine Fülle wissenschaftlicher und künstlerischer Begabungen unter der Bevölkerung. So nur konnte sich nach den entscheidungsschweren Oktobertagen 1956 an der Ostgrenze Österreichs Grenz- und Brückencharakter wiederum eindrucksvoll bewähren. Dieses Österreichertum blieb Hort und Vorwerk europäischer Humanität, so daß Franz Grillparzers Wort, das er einst einer Epoche kulturschöpferischer und staatlicher Großmachtstellung widmete, auch heute gilt: «Österreich verkünden, heißt Dienst an der Menschheit.»

Bericht aus Formosa

Ein Engländer, der Taiwan als einen kostspieligen Anachronismus bezeichnete, mußte sich daran erinnern lassen, daß es um Tanager, Zypern, Hongkong und Singapur in dieser Beziehung nicht besser bestellt ist. Die Antwort mag den Briten nachdenklich gestimmt haben. Daß sie ihn kaum zu überzeugen vermochte, dürfen wir nicht voreilig einem Gefühl der Überheblichkeit zuschreiben. Es gibt wenig Europäer, für die das Taiwan-Problem verständlich, geschweige denn sinnvoll wäre. Bei vielen China-«Spezialisten» spielen bittere Erinnerungen an verlorene wirtschaftliche Positionen mit. Man trifft auch nicht selten China-Schweizer, deren Groll Nationalchina gilt, obwohl sie nicht von Tschiang Kai-shek, sondern von Mao Tse-tung um Besitz und Vermögen gebracht und aus dem Lande vertrieben wurden. Sie argumentieren damit, der Generallissimus habe durch die Korruption und Mißwirtschaft seines Regimes den Kommunisten den Weg geebnet und trage somit die Verantwortung für alles Unrecht, das heute in Rotchina Urstände feiere.

Die Hauptgegner des Freien Chinas dürften sich indessen im Lager der *Koexistenzpolitiker* finden. Es sind die Pragmatiker amerikanischer und englischer Prägung, für die Taiwan zwar eine wichtige strategische Position bedeutet, die jedoch im gegebenen Zeitpunkt, bei taktisch richtigem Vorgehen, überflüssig wird und eingetauscht, bzw. aufgegeben werden kann, wodurch die Rücksichtnahme auf zwei sich gegenseitig widersprechende Regimes endlich aufhören könnte.

Argumentation am Fließband

Diesen Auslegungen werden nun alle Fakten untergeordnet und angepaßt, die sich nicht in die strategische These einfügen lassen. Daraus entsteht eine Art Argumentation am Fließband. Das Gewicht liegt nicht mehr auf dem einzelnen Argument, weil es notfalls — und diese Notwendigkeit zeigt sich in der Auseinandersetzung mit jedem ernsthaften Gesprächspartner — bedenkenlos aufgegeben wird, um allsogleich einem andern Platz zu machen, das ebensowenig Überzeugungsinhalt für sich beansprucht.

Anfangs wird gerne die eigene Unvoreingenommenheit betont. Man räumt dem Gegner ein, das kommunistische Regime auf dem Festlande leide an tausend Mängeln und sei vielleicht wenig beliebt. Aber — und schon ist der Fürsprecher mitten in seinem Plädoyer — Rotchina hat erstaunliche Leistungen auf dem Gebiete der Landreform, der Industrie, der Hygiene, des Schulwesens und der Verwaltung aufzuzeigen. Wenn dem auch nicht ganz so wäre, dächte kein Chinese auf dem Festlande daran, das frühere Regime zurückzurufen. Die Kuomintang habe sich für alle Zeiten kompromittiert durch eine unbeschreibliche Korruption, eine unvorstellbare Mißwirtschaft und eine sture, reaktionäre Politik zu ausschließlichen Gunsten der «Zweihundert Familien», von denen «man» «ebensogut» (wie von den kommunistischen Parteifunktionären, d. Verf.) glaubt sagen zu können, daß sie hauptsächlich aus Parvenus bestanden — was immerhin zu beweisen wäre.

Dieser Beweis steht jedoch nicht zur Diskussion, denn das Band fließt munter weiter. Schließlich sind wir, so sagt man uns, vor die einfache Entscheidung gestellt, zwischen einem 600-Millionenvolk und einer Phantomregierung (man beachte die ungleichen Vergleichsglieder!) zu wählen, hinter der im besten Falle zehn Millionen, wahrscheinlich aber nur eine Handvoll mumifizierter Gestalten der Kuomintang und die amerikanische Dollarhilfe stehen.

Die Wahl will uns trotzdem nicht leicht fallen? Wir haben ja gar keine Wahl. Im Gegensatz zur rotchinesischen Armee sei die nationalchinesische ein lebender Leichnam: «Tschiang Kai-shek wird alt, sein Heer wird alt und viele seiner Generäle sind längst bei Mao Tse-tung. Man braucht Tschiang Kai-shek und seinem Heere nur zu erlauben, in Ruhe alt zu werden.» (*Wilhelm Starlinger* †, «Hinter Rußland: China», «Der europäische Osten», Januarnummer 1957.)

Geheimverhandlungen zwischen Taipei und Peking?

Wer immer noch unbelehrbar bliebe und Tschiang Kai-shek das Recht auf die Rückkehr nach dem Festlande zubilligte, müßte sich geschlagen erklären, wenn der «Experte» Starlinger als bekannt und darum nicht zu beweisen voraussetzt, daß Mao Tse-tung und Tschiang Kai-shek «trotz allen Hasses in heimlicher Verbindung miteinander und Sondierung stünden», eine Behauptung, die eine westliche Presseagentur dahin präziserte, die Verhandlungen liefen tatsächlich unter der Hand weiter, Mao habe Tschiang Kai-shek einen hohen Posten in seiner Regierung angeboten, worauf auch die Erklärung des nationalchinesischen UNO-Delegierten hinauslaufe, im Zeitraum eines Jahres würde sich die Frage der Anerkennung Rot- oder Nationalchinas nicht mehr stellen. . . Dazu wäre immerhin zu sagen, daß Taipei von solchen Verhandlungen nichts bekannt ist. General *Tschiang Ching-Kuo* vom Generalsekretariat des nationalen Verteidigungsrates erklärte am 8. März einem Korrespondenten der *New York Times*, es handle sich um ein Beispiel einer alten kommunistischen Propagandataktik, die darauf angelegt sei, die Geister irre zu führen. Angesichts der zunehmenden Gärung auf dem Festlande könne sich das Regime auch gezwungen sehen, die Bevölkerung von den innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. Nachdem eine japanische Zeitung «aus zuverlässiger Quelle» gemeldet hatte, *Chang Chun*, Generalsekretär von Tschiang Kai-shek, habe sich zwecks Friedensverhandlungen heimlich nach Peiping begeben, ließ

dieser am 8. März die Meldung in aller Form dementieren und fügte die Versicherung bei, er habe seit Jahren Taiwan nicht verlassen und gedenke auch in nächster Zeit nicht, wegzureisen. Tschiang Kai-shek versicherte einmal mehr, er werde sich zu keinen Kompromissen mit dem Mao-Regime hergeben. Noch wird er die von den Amerikanern aufgezwungene Tischgesellschaft mit Mao, bei der er in übler Weise überspielt wurde und schließlich seine Macht einbüßte und das Land dem doppelzüngigen feindlichen Brud zurücklassen mußte, nicht vergessen haben.

Phantomregierung?

Die Lügenmär von solchen Geheimverhandlungen fußt auf der stillschweigenden Annahme, die Position Tschiang Kai-sheks sei schwach, ja unhaltbar geworden. Ist dies etwa auf militärischem Gebiete der Fall? Wenn die türkischen Streitkräfte mit 400 000 Mann bei einer Bevölkerungszahl von 25 Millionen die verhältnismäßig stärkste Armee der OTAM bilden, darf man das stehende Heer von 600 000 Mann, das für die Verteidigung Formosas, bzw. für die Rückeroberung des Festlandes bereit steht, gemessen an der Bevölkerungszahl von 10 Millionen kaum als Phantomarmee bezeichnen.

Wer behauptet, diese Armee sei überaltert und deshalb bedeutungslos, hat sie nie gesehen. Die jungen, kräftigen, durchtrainierten Gestalten mit dem forschenden, muntern Blick würden jedem europäischen Heer gut anstehen.

Reduziert sich das Freie China auf eine Phantom-Regierung, hinter der kein Volk steht? Diese Behauptung gehört in das Reich der Zweckpropaganda. Sie verschweigt eine Reihe von unleugbaren Tatsachen. Die erste davon ist bemerkenswert genug. Wer es wissen will, kann in Taipei hören, daß das Freie China nicht das China Tschiang Kai-sheks ist. Der Generalissimus steht wohl zur Zeit an der Spitze des Staates und personifiziert den Willen von Millionen von Landsleuten, das Festland wieder frei und unabhängig zu machen. Aber wenn er morgen von einem Nachfolger abgelöst würde, wären die Zuversicht und der Wille, mit Ausdauer weiter zu kämpfen, nicht geringer, weil *diese kämpferische Zuversicht vom ganzen Volk, von vielen Millionen Auslandchinesen und noch viel mehr Landsleuten auf dem Festlande geteilt wird.*

Diese Behauptung begegnet zumeist einem mitleidigen Lächeln. Die Spötter haben nämlich bis heute nicht zur Kenntnis genommen, daß von 20 740 rotchinesischen Gefangenen in Korea 14 272 freiwillig für Taiwan optierten. Korea war ein Test, der nicht wegdiskutiert werden kann. Übrigens haben ihn unzählige rotchinesische Presse- und Radiomeldungen bestätigt. In den Strafprozessen des Pekinger Regimes wiederholen sich die gleichen Anschuldigungen: Die «Konterrevolutionäre» haben heimlich die nationalchinesische Fahne aufbewahrt, die Rückkehr Tschiang Kai-sheks befürwortet und vorbereitet, Maueraufschriften zugunsten Taiwans angebracht, von nationalchinesischen Flugzeugen abgeworfene Propagandazettel aufgelesen und verbreitet, die Radiosendungen von Taipei abgehört usw. — ebenso viele Punkte zugunsten des Freien Chinas, das übrigens über die Stimmung auf dem Festlande ausgezeichnet Bescheid weiß.

Das wahre Gesicht Chinas

An diesem *Stimmungsumschwung* haben die rot- und die nationalchinesische Regierung ihren gebührenden Anteil. Der französische Reporter *Robert Guillain* ist in seinem Buch «600 millions de Chinois» des Lobes voll über die industriellen und andern Wunder des Mao-Regimes. Er beklagt sich aber bitter, er habe vergeblich nach 1. intelligenten, 2. frohen und 3. lauten Chinesen Ausschau gehalten, die zur vorkommunistischen Zeit in China sein Entzücken und seine Bewunderung erregt hätten. Sie seien offensichtlich das Opfer des neuen Regimes geworden. Wäre Guillain nach Taiwan gekommen, so hätte er seine ursprünglichen Chinesen schon am ersten Tage beim ersten Spaziergang

wiedergefunden. Das nun ist das Verdienst der nationalchinesischen Regierung, die zwar die Hypotheken der Vergangenheit nicht ungeschehen machen kann, aber willens und im Begriffe ist, sie durch eine neue und bessere Politik allmählich abzutragen. «Wir wissen sehr wohl, wir hatten das Vertrauen des Volkes zum Teil durch eigene Schuld verloren, wir können es nicht durch Worte, wir müssen es durch Taten zurückerobern.»

Die Bodenreform

Das Erreichte darf sich sehen lassen und hat gegenüber dem kommunistischen Regime, unter dessen Fuchtel innerhalb von acht Jahren drei Millionen Soldaten und zehn Millionen Zivilisten das Leben eingebüßt haben, immerhin einen leichten Vorzug: Es ist ohne Terror, wenn auch unter kriegsbedingten Einschränkungen und Opfern zustande gekommen. Die Kommunisten haben eine *Landreform* (mit Millionen von Menschenopfern) durchgeführt? Die Regierung von Taipei darf sich rühmen, die ehemaligen Pächter zu Landbesitzern gemacht zu haben, ohne ihnen den Besitz später wieder wegzunehmen und in Kolchosen überzuführen. Großzügige *Bewässerungsanlagen* (1945—1954 wurden 86 371 ha neu bewässert und rund eine Million ha Anlagen repariert) und die gesteigerte *Düngemittelfabrikation* halfen die *Reisernte* verbessern. Betrag der Ertrag im Jahre 1945 noch 638 000 t, so erreichte er im Jahre 1955 1 800 000 t. Der Index stieg in der gleichen Zeit von 100 auf 281. Die Reisfelder erfuhren eine Ausdehnung von 502 000 auf 825 000 ha. Die Bauern müssen zwar einen Teil der Ernte für die Amortisation des Landpreises abgeben. Es verbleibt ihnen immerhin noch genug zur Deckung des Eigenbedarfes. Wenn sie früher ausnahmslos barfuß gehen mußten, können sie sich heute Schuhe und bessere Kleider leisten. «Die zu Landbesitzern gewordenen Bauern sind unsere beste Stütze, sie sind für immer gegen den Kommunismus gefeit.» Diese Feststellung stammt aus dem Munde des Vizepräsidenten des Republik.

Industrieller Aufbau

Wenn sich Peking mit seinem (bzw. dem sowjetischen) *industriellen Aufbau* brüstet, darf Taipei mit gutem Grund auf das Erreichte verweisen. Die fertiggestellten oder noch im Werden begriffenen *Elektrizitätswerke* (1954 wurden 1 805 322 000 kWh produziert, gegenüber 357 033 000 im Jahre 1945, der Index stieg von 100 auf 506), die mit amerikanischer technischer und finanzieller Hilfe zustande gekommen sind, halten den Vergleich mit den modernsten europäischen Werken aus. — Die Lebensmittelproduktion stieg von 1945 auf 1954 von 400 auf 168 233 t. — Beim Bau einer neuen Düngemittelfabrik sind auch schweizerische Lieferanten beteiligt, die sich von den Größenverhältnissen und einer gut eingespielten Anti-Taiwan-Propaganda nicht beeindrucken lassen und nicht übersehen, daß Formosa das kalt geschmiedete Glied einer strategischen Kette bildet, das nicht herausgebrochen werden kann, ohne die ganze fernöstliche amerikanische Verteidigungslinie in Frage zu stellen und unter diesem Gesichtspunkte auf lange Zeit hinaus ein sozusagen narrensicherer Exportmarkt bleiben wird.

In diesem Zusammenhang darf erwähnt werden, daß die Schweiz, trotzdem sie für das Pekinger Regime optierte, nach wie vor viele Freunde in Taiwan besitzt. Zahlreich sind die Chinesen, die in der Schweiz studierten. Die schönen Erinnerungen an diese Zeit haben selbst die Kriegswirren überdauert. Von seiten der Regierung würde eine Intensivierung des Warenaustausches warm begrüßt und gefördert. Während die Schweiz die Existenz des Freien Chinas ignoriert, verstand sich die staatliche Ölraffinerie von Kaohsiung zu der schönen Geste, in der Januarnummer 1957 ihrer Monatschrift einen fünfzehn Seiten langen Auszug aus der Schweizer Reportage «Land des Friedens», die im Oktober 1956 im «American Geographic Magazine» erschienen war, zu publizieren.

Die Herstellung von *kaustischer Soda* hat sich im Vergleich zur Spitzenproduktion der Japaner im Jahre 1944 mehr als verdoppelt, diejenige von *Chlorwasserstoff* ist vierzehnmal so hoch und *flüssiges Chlor* wird hundertmal mehr fabriziert. — Die *Zementfabrikation* liegt mit 563 000 t 710% über dem Ausstoß vom Jahre 1945. Noch bedeutender sind die Mehrleistungen der Ölraffinerien, der Baumwollfabriken und Ananas-Konservenindustrie.

Die *Löhne* sind auskömmlich und stark nivelliert. Das Arbeitsklima ist ausgesprochen menschlich und ansprechend. Schweizerische Monteure, die einige Wochen unter Fabrikleitungen und Arbeitern verbrachten, konnten das angenehme Verhältnis nicht genug rühmen. Die Sozialfürsorge ist im Ausbau begriffen, die Leistungen der Kranken-, Unfall- und Mutterschaftsversicherung sind ansehnlich.

Die Eisenbahnzüge verkehren pünktlich, auch wenn die Bedienungsmannschaft nicht, wie bei den Kommunisten, zur täglichen Turnstunde antreten muß. Während der Zwischenhalte hört der Reisende an Stelle kommunistischer Parteilösungen, wie sie auf den Bahnhöfen Rotchinas ertönen, Wiener Walzer von Johann Strauß.

Erziehung und Unterricht

Auch gegenüber den rotchinesischen Errungenschaften auf dem Gebiete des *öffentlichen Unterrichts* kann Taiwan sehr wohl bestehen. Im Gegensatz zum Festlande ist der Primarschulunterricht obligatorisch und das Obligatorium bis zu 95% verwirklicht. Bauern sind nicht vor die Wahl gestellt, die Kinder zu Hause zu behalten oder das Ablieferungssoll nicht zu erfüllen. Die Klassen werden mangels genügender Schulräume und Lehrkräfte in drei Schichten unterrichtet, die erste morgens, die zweite mittags, die dritte abends. Die Schulbegeisterung der Jugend ist außergewöhnlich. Nicht selten treffen die Kinder eine Stunde vor Schulbeginn ein oder nehmen ihre Lehrer auch außerhalb der Schulstunden und sogar während der Feiertage in Anspruch. Der Unterricht betont das nationale Empfinden (nicht im Gegensatz zu andern Völkern, sondern zum Kommunismus) und legt Wert auf die Entwicklung menschlicher Qualitäten. Musik und Sport nehmen einen wichtigen Platz im Lehrplan ein. Jedem Lehrer steht ein tragbares Kleinharmonium zur Verfügung, mit dem er auch den Kinderreigen auf dem Spielplatz musikalisch untermalt.

Gemessen an der Einwohnerzahl sind die 18 Hochschulinstitute und 11 militärischen Offiziersschulen des Landes eine außerordentliche Leistung, die durch die verfassungsmäßige Bestimmung möglich wird, daß mindestens 25% des gesamten Etats und 35% der lokalen Budgets für Unterrichtszwecke zur Verfügung gestellt werden müssen. An der Universität in Taipei allein sind über 8000 Studenten immatrikuliert, von denen 30% Stipendien erhalten, bzw. sich durch freiwillige Arbeiten für die Fakultät oder die Universitätsverwaltung einen Teil ihres Lebensunterhaltes verdienen.

Die im Jahr 1949 von der Nationalregierung von Nanking nach Taipei übersiedelte *Academia Sinica* ist eine hervorragende chinesische Forschungsstelle mit Instituten für Geschichte, Philologie, Mathematik und Ethnologie. Als neuestes soll ein Institut für Kernforschung angegliedert werden. Sie entspricht der in der Schweiz in Gründung begriffenen «Akademie», kann aber seit 1955 akademische Grade erteilen.

Beginnender Fremdenverkehr

Die Leute sind überaus gastfreundlich. Um so schmerzlicher empfinden sie die politische Isolierung, die sie der Willfährigkeit des Westens gegenüber der Regierung von Peking verdanken. Es kommt hinzu, daß sich Taiwan faktisch im Kriegszustand befindet. Um so anerkennenswerter sind die Anstrengungen, den Fremdenverkehr durch eine weitgehende Lockerung der Visavorschriften und Reisebeschränkungen, die der

Krieg und die Abwehr der kommunistischen Infiltration und Spionage notwendig machen, anzuregen. An Vorschlägen gebricht es nicht. So mag der ausländische Gast etwa im Informationsbulletin, das ihm täglich aufs Zimmer gelegt wird, die Empfehlung an die Regierung finden, die Gästebetreuung keinesfalls auf die Kontrolle des Gepäcks auszudehnen (oder dann wenigstens so, daß es nicht bemerkt werde!), dem Gast die stündliche Betreuung nicht aufzudrängen und seiner Initiative nicht vorzugreifen oder Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Es wird für eine Erleichterung der Visa-Erteilung plädiert und gefordert, daß alles getan werde, um die landschaftlichen Schönheiten, die oft an schweizerische Vorbilder erinnern (so der berühmte Sun-Moon-Lake), dem Tourismus zugänglich zu machen.

Der Berichterstatter hatte sich zwar nie über behördliche Übergriffe zu beklagen. Die freimütige Sprache gegenüber der Sicherheitspolizei schien ihm aber bemerkenswert genug, um ihrer Erwähnung zu tun als Beispiel einer öffentlichen Diskussion, wie sie in irgendeinem westeuropäischen Lande nicht offener geführt werden könnte — ein Zeichen mehr dafür, daß die Regierung aus der Vergangenheit Lehren gezogen hat und willens ist, es in Zukunft besser zu machen.

Albert Münst

Pressestimmen

Weshalb schweigt Barth über Ungarn?

Der verstorbene Herausgeber des Schweizerischen Evangelischen Pressedienstes, Dr. *Arthur Frey*, urteilte seinerzeit wie folgt über *Reinhold Niebuhr*: er sei «zweifelloos als der bedeutendste amerikanische Theologe anzusprechen» (Nr. 38, Blatt 8, 1953). In der sehr angesehenen und stark verbreiteten Wochenzeitung *The Christian Century* vom 23. 1. 1957 analysiert Niebuhr unter obigem Titel die Haltung Karl Barths, «des berühmtesten und phantasiebegabtesten Theologen Europas», gegenüber den neuesten Ereignissen in Ungarn, ohne dessen überragende Bedeutung als Theologe im geringsten anzuzweifeln. «Seine Leistungen auf dem Gebiet der Theologie können in keiner Weise durch seine Einstellung getrübt werden. Er war der Hauptinitiant der neo-reformatorischen Theologie, die den Kampf gegen den Liberalismus in der geistlichen und weltlichen Gesellschaft aufnahm, der im neunzehnten Jahrhundert in der westlichen Kultur geherrscht hatte. . . . Seine Haltung gegenüber Ungarn beeinträchtigt auch keineswegs seine ruhmvollen Beziehungen zur Widerstandsbewegung während der nationalsozialistischen Periode, obwohl es heute klar ist, daß sein Widerstand auf Grund seiner persönlichen Erfahrung mit der Tyrannei erwuchs und nicht auf Grund seiner theologischen Gesamtkonzeption. . . . Barth war der Theologe des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in ganz Europa. In seinem berühmten Brief an Hromadka, der — welche Ironie — heute mit ihm in das Netz des Neutralismus verstrickt ist, ging er sogar soweit, zu behaupten, daß jeder tschechische Soldat, der gegen die Deutschen kämpfe, Christus diene. . . . Die Vergangenheit soll aber in Ruhe gelassen werden.»

Wenn Niebuhr, im Zusammenhang mit Ungarn, an diese Dinge erinnert, erklärt er dies mit den engen Beziehungen Barths zur reformierten Kirche Ungarns. «Barth war tatsächlich eine Art Papst der ungarischen reformierten Kirche. Wenn sich die Kirche eine neue Verfassung gab, wurden die einzelnen Artikel Barth zur Genehmigung unterbreitet. Als die kommunistische Regierung Bischof Ravazs entließ und Bischof Bereczky zur Wahl empfahl, fragten die Kirchenführer Barth an, ob es richtig sei,

einen Bischof zu wählen, der von der Regierung vorgeschlagen werde. Barth antwortete, daß es gleichgültig sei, ob die Regierung für oder gegen den Bischof eingestellt sei, sofern die Ansichten des Bischofs theologisch richtig seien. Bereczky war tatsächlich ein frommer, theologisch einwandfreier und eher ängstlicher Mann. . . . Man sollte nicht vergessen, daß jene Regierung unter der Führung des berühmten Rakosi stand, der die Hinrichtung des anderen Führers, Rajk, erwirkt hatte. . . . Rakosi wurde kurz vor Ausbruch der Revolution entlassen. Man hatte vergeblich gehofft, durch diese Maßnahme den Zorn des ungarischen Volkes zu dämpfen. — Später wurde ein anderer Bischof ernannt — Johannes Peter, der bestimmt nicht ‚theologisch einwandfrei‘ war, da er inzwischen zugegeben hat, Parteimitglied gewesen zu sein. Man weiß aber nicht, ob Barth hier sein Plazet erteilt hat. Peter vertrat die ungarische Kirche in Evanston. . . . Es ist wohl nicht nötig, zu erwähnen, daß er einen von Frömmigkeit überquellenden Bericht über die kirchlichen Zustände in Ungarn erstattete. . . .» Niebuhr bemerkt weiter, Peter habe wohl Verwirrung in den Köpfen einiger Kirchenführer angerichtet, es sei ihm aber nicht gelungen, die im Glauben festen Pastoren und das Volk der ungarischen Kirche zu verwirren. Viele unter ihnen seien seither während der Revolution umgekommen.

Niebuhr berichtet, daß Barth auf seiner Reise durch Ungarn Triumphe gefeiert und seine Gedanken über Kirche und Staat in einer Tyrannei unter dem Titel «Gegen den Strom» niedergeschrieben habe. Bei der Beantwortung der Frage eines Ungarn über die Zusammenarbeit eines Christen mit einer kommunistischen Regierung verneinte Barth im Prinzip die Möglichkeit einer teuflischen Regierung in der Geschichte. Niebuhr bemerkt, die Ungarn hätten aber ein unmittelbares Erlebnis des Teuflischen bei ihrer Regierung gehabt. Niebuhr glaubt, das Verhalten Barths in seinem absoluten Vertrauen auf die Richtigkeit seines theologischen Systems erklären zu können, das auf der göttlichen Autorität beruhe und ebenso in seinem Glauben an eine politische Konstruktion, die sich auf diese Autorität stütze. Niebuhr bezeichnet sodann Barths theologisches System als unzulänglich für kluge politische Entscheidungen. Er sei allzu konsequent «eschatologisch» für «das hübsch abgewogene Weniger oder Mehr», das in politischen Entscheidungen so wichtig sei. Niebuhr erblickt einen weiteren Mangel in der Art wie Barth politische und ethische Probleme vom Standpunkt seiner Theologie aus anpacke, die sich aus seinem extremen Pragmatismus ergebe, der alle ethischen Probleme ablehne. Er erinnert dabei an die bekannte Kontroverse mit Emil Brunner über die Verschiedenheit der Barthschen Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus, die zur Schlußfolgerung führte, daß der Kommunismus nicht so schlecht sei wie der Nationalsozialismus, weil er nicht antisemitisch sei. — Niebuhr bemerkt weiter, Barths politische Urteile würden zum Teil auf seinem nur schlecht verhüllten Antiamerikanismus beruhen und auf der von ihm erwähnten «Dollaranbetung». Sodann sei die Tatsache von Bedeutung, daß Barth glaube, der Kampf werde eigentlich nicht zwischen Kommunismus und Demokratie, sondern zwischen Deutschtum und Slawentum ausgefochten. Nach Barth gestalte sich der Kampf zwischen Ost und West noch dadurch verwickelter, als es sich um einen Kampf zwischen Amerika und Rußland handle. In seiner Vorlesung «Die Kirche zwischen Osten und Westen» findet sich der Satz «which certainly does not follow from the ‚word of God‘»: «Man muß zugeben, daß die Furcht des östlichen Riesen begründeter ist als diejenige des westlichen Riesen, wenn man den lückenlosen Ring der westlichen Bastionen betrachtet.»

Niebuhr schreibt weiter, daß wir Menschen seien und alle unsere politischen Urteile würden notwendigerweise vom Zufall abhängen. «Wenn wir dazu noch Theologen sind, sollten wir von Zeit zu Zeit von dem Vorrecht Gebrauch machen, die Warnung von Paulus zu wiederholen: ‚So spreche ich und nicht der Herr‘, so daß unsere Zuhörer eine zufällig geäußerte Ansicht nicht als eine Verkündigung ex cathedra betrachten.»

Niebuhr bemerkt sodann, daß man Barth viele Irrtümer vergeben könnte, weil er ein schöpferischer und gedankentiefer Theologe sei. Er könnte ihm sogar seine zahl-

reichen launischen politischen Urteile verzeihen. Was man ihm aber nur schwer verzeihen könne, sei die Tatsache, daß er nicht bescheiden bekannt habe, sich im Falle Ungarns getäuscht zu haben. «Er schien so viel von Ungarn zu wissen, und doch hat die Geschichte seine Urteile vollständig widerlegt.»

Niebuhr schließt seinen Aufsatz mit den Worten: «Der gottlose Existenzialist Jean Paul Sartre hat mit dem Kommunismus gebrochen und dessen Vorgehen in Ungarn verdammt. Sogar die untergeordnetsten Nachbeter der Parteidoktrin in Großbritannien und Frankreich waren erschüttert, während Barths tschechischer Jünger Hromadka eine salbungsvolle Verteidigung der ungarischen Regierung veröffentlichte. Man hätte doch sicher vom hervorragendsten Theologen der protestantischen Welt wenigstens soviel erwarten dürfen, wie vom Hilfsredaktor des Londoner Daily Worker, der öffentlich alle seine bisherigen Illusionen verwarf.»

Der Aufstand in Ungarn und die Krise der PdA

Unter obigem Titel geben die katholischen Blätter für weltanschauliche Information, *Orientierung*, in ihrer Ausgabe vom 28. Februar 1957 eine höchst interessante und klare Darstellung der Krise der PdA und der heutigen Situation. Maßgebend für die Auswirkungen der Ereignisse in Ungarn auf die Kreise um die kommunistische «Partei der Arbeit der Schweiz» war vor allem der erste Schock; nach der Parteipresse zu schließen, ist die Hauptkrise vorbei. Als Hauptstörungsfaktor muß die Macht der öffentlichen Meinung bezeichnet werden: die durch die brutale Niederwalzung des ungarischen Volkes bedingte Grundwelle der Empörung erhob sich nicht nur gegen die ruchlosen sowjetrussischen Unterdrücker, sondern vorab auch gegen die moskauhörige PdA. Im Zusammenhang mit den Ereignissen brach die bereits vorher festzustellende latente Krise der PdA der deutschen Schweiz offen aus. Eine unter den Intellektuellen in der PdA der deutschen Schweiz bereits vorhandene oppositionelle Strömung brach mit der Führerschicht und vereitelte damit den von der Parteileitung erhofften Ausgleich der Meinungsverschiedenheiten. Als dritter Krisenfaktor ist das sowjetische Beispiel in Ungarn zu betrachten, das einfache Parteianhänger vor den Kopf stieß, während die Parteileitung einer eindeutigen Stellungnahme zu den Ereignissen unter nichtigen Vorwänden auswich.

Das heutige Bild der PdA ist nicht einheitlich. In der Westschweiz blieb die PdA-Anhängerschaft im wesentlichen ihrer Partei treu; die Sektion Parti ouvrier et populaire lausannois (POP) «a résisté avec une fermeté remarquable à la campagne d'hystérie déclenchée contre lui» (André Muret). Dank der Betriebszellenorganisation ist die Partei fester zusammengeblieben, weil die Mitglieder in dieser Organisationsform gegen Einflüsse von außerhalb der Partei viel mehr «geschützt» sind. Zur solideren Organisation gesellt sich eine besonders gründliche marxistisch-leninistische Schulung der westschweizerischen PdA-Aktivisten, die gegen Einflüsse außerhalb der Partei weitgehend immun sind und darauf mit einer reflexartigen «proletarischen Selbstverteidigung» reagieren. Dazu war die westschweizerische PdA, im Gegensatz zur deutschen Schweiz, durch einen erheblich weniger fühlbaren Druck seitens der Öffentlichkeit begünstigt. Anders als in der welschen Schweiz haben die ungarischen Ereignisse den Parteibestand und die Reihen der Kader in der deutschen Schweiz stark gelichtet und auf längere Zeit die Arbeit in der Öffentlichkeit gestört, vor allem in Basel und Zürich. Zahlreiche prominente Mitglieder sind aus der Partei ausgetreten, zumal viele, die bedeutende Stellen in der Partei oder in wichtigen Nebenorganisationen innehatten. Zürich hat drei Viertel, Basel die Hälfte der kommunistischen Führungsgruppe eingebüßt. Die Versammlungstätigkeit und Schulungsarbeit der Partei ist gestört und um ihre Nebenorganisationen ist es vielfach sehr still geworden. Durch die Ereignisse in Ungarn wurde die kommunistisch geführte «Schweizerische Bewegung für den Frieden» besonders getroffen, obschon sich die Leitung der ganzen Bewegung bislang geweigert

hat, sich von der PdA loszusagen, zu den blutigen Ereignissen in Ungarn offiziell Stellung zu nehmen und ihre Organisation aufzulösen.

Rückblickend ist festzustellen, daß die PdA in der Schweiz, trotz den Ereignissen, nicht untergegangen ist. In der Westschweiz schon gar nicht, und in der deutschen Schweiz ist immer noch «ein guter und starker Kern beisammengeblieben». Diese Feststellung ist am 3. März bei den Großratswahlen in der Waadt bestätigt worden: die Kommunisten verloren nur 3 Sitze von 13. Eine «Abrechnung» der Waadtländer mit den Kommunisten ist trotz ihrer schmähhlichen Haltung gegenüber den ungarischen Ereignissen ausgeblieben¹⁾. Im Nationalrat stellte am 7. März anlässlich der Beratung einer militärischen Vorlage der sozialistische Vertreter Lejeune (Baselland) fest, der Chevallier-Geist sei wieder lebendig und Herr Muret (PdA) könne sich heute — im Gegensatz zur Dezembersession — nicht mehr über mangelnde Aufmerksamkeit des Rates beklagen²⁾.

Solange die kommunistische Macht Moskaus besteht, droht eine Hauptgefahr für den Westen in den Methoden der Sowjetunion, durch Infiltration und Beeinflussung des Denkens und Fühlens der Massen für die Herrschaft des sowjetischen Kommunismus zu arbeiten.

¹⁾ Bund Nr. 108, 6. 3. 57. ²⁾ NZZ Nr. 636, 7. 3. 57.

Der Konflikt zwischen Anhängern und Gegnern des Kommunismus scheint vorläufig unlösbar zu sein, weil der Kommunismus die Weltrevolution und damit die schrittweise Zerstörung jeder sich seinen Grundsätzen nicht unterwerfenden Gesellschaft anstrebt. Die Weltrevolution schließt den Frieden aus, zielt sie doch auf die Unterdrückung oder Austilgung allen Widerstandes.

Bundesrat Petitpierre